

Die politischen Prioritäten im Bereich Ökologie / Nachhaltigkeit

Eine Stellungnahme des Mouvement Ecologique

September 2004

Die politischen Prioritäten im Bereich Ökologie / Nachhaltigkeit

Eine Stellungnahme des Mouvement Ecologique

Im folgenden Dokument möchte der Mouvement Ecologique die Schwerpunkte hervorheben, die seiner Meinung nach in den ersten 12 Monaten der neuen Regierung von besonderer Bedeutung sein müssten. Es versteht sich von selbst, dass hier nicht alle relevanten bzw. gängigen Dossiers aufgelistet werden, sondern nur jene, die als besonders zentral erscheinen. Auch ist gewusst, dass die „Présidence“ recht viel Zeitinvest bedeutet. Dennoch: es muss möglich sein, einige wesentliche Akzente in den Bereichen Ökologie / Nachhaltigkeit zu setzen.

Bei der Auswahl der Prioritäten ging der Mouvement Ecologique von folgenden Kriterien aus:

- Es müssen die **notwendigen Rahmenbedingungen** geschaffen werden, damit die einzelnen Ministerien die Herausforderungen effizienter angehen können.
- Eine Reihe von Dossiers bedingen gewisse **Vorarbeiten**, vor allem auch ein Heranziehen **externer Fachleute**, bevor sie angegangen werden können. Insofern sollte die Zeit der "Présidence" genutzt werden, diese Dossiers vorzubereiten bzw. vorbereiten zu lassen, um eine Umsetzung ab Herbst 2005 zu ermöglichen.
- Vor allem aber müssen eine Reihe von **Schwerpunkten kurzfristig** angegangen werden, wo dringender Handlungsbedarf besteht.
- Und nicht zuletzt sind eine Reihe von Themen ganz einfach "**überreif**" und wichtige Akzente mit relativ wenigen Mittel machbar: in diesen sollte endlich ein **Signal** im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung gesetzt werden.

1. Der nachhaltigen Entwicklung eine Chance geben: Schaffung effizienter Strukturen

In diversen Ministerien sind das Arbeitsvolumen und die Herausforderungen die sich stellen, in den vergangenen Jahren derart gestiegen, dass kein Weg mehr an deren Reorganisation und einer personellen Aufstockung vorbeiführt.

Das bedeutet im Klartext:

- Das **Umweltministerium** muss gemäss dem Prinzip der nachhaltigen Entwicklung reformiert und aufgestockt werden:
 - * das genaue Organigramm des Ministeriums sollte nach Aussen transparent sein: wer ist für welche Sachgebiete zu ständig ?
 - * vor allem aber auch muss sichergestellt sein, dass jeweils ein hoher Beamter für die Bereiche nachhaltige Entwicklung / "environnement humain" / "environnement naturel" sowie für Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung zuständig ist;
 - * es darf auch nicht länger sein, dass das Ministerium - wohl als einziges - nicht über einen "premier conseiller de gouvernement" verfügt.
- Die **Umweltverwaltung**, die noch - zu sehr - in einzelnen Abteilungen (Luft, Abfall ...) arbeitet und in deren Struktur wesentliche Tätigkeitsfelder nicht ausreichend abgedeckt sind (z.B. Energie) muss dringend reformiert werden, dies im Sinne eines integrativen Umweltschutzes. Es wäre sinnvoll ein Audit durchzuführen, wie eine derartige Reform erfolgen kann.
- Betreffend die **Forstverwaltung** gibt es bereits zwei Audits die vorliegen. Allerdings wurden die Schlussfolgerungen dieser Audits - ein organisatorischer und ein inhaltlicher - noch nicht miteinander verknüpft. Dies müsste umgehend erfolgen, damit Naturschutz professioneller und aufgrund einer fachlichen Zielorientierung erfolgen kann.
- Das **Innen- und Landesplanungsministerium** ist angesichts der Tragweite der Dossiers, die auf dieses Ministerium zukommen (IVL, Kompetenzeinteilung Staat / Region / Gemeinden, regionale Pilotprojekte), besonders gefordert. So führt kein Weg an einer massiven personellen Aufstockung und Reorganisation vorbei. Des Weiteren plädiert der Mouvement Ecologique dafür, die urbanistischen Fragestellungen stärker als bisher von den Landesplanungsdossiers abzukoppeln.
- Nicht zuletzt sollte das **Transportministerium** als solches aufgewertet werden. Nach der Herauslösung des Transportministeriums aus demjenigen der Bauten wurde bisher die Chance verpasst, diesem eine eigenständige Identität zu geben. Nach wie vor hat man den Eindruck, als ob die Transportpolitik eher vom Bautenministerium bestimmt würde. Ins Transportministerium gehört verstärkt

fachlicher Sachverstand in Sachen Verkehrsplanung und eine klare Kompetenzaufteilung.

- Der Mouvement Ecologique bedauert zutiefst, dass der **Energiebereich** weiterhin auf zwei Ministerien - Umwelt und Wirtschaft - aufgesplittet ist. Um die Polemiken und Widersprüche der vergangenen Jahre zu verhindern, müsste die Absprache zwischen diesen Ministerien formalisiert werden.

2. Ökologie, Demokratie, Lebensqualität und Klimaschutz - Kurzfristige Umsetzung von sieben "spruchreifen" Projekten!

Projekt 1.

Mehr an die kommenden Generationen denken: Gesetz für nachhaltige Entwicklung praxisnah umsetzen

In der vergangenen Legislaturperiode wurde ein Gesetz zur nachhaltigen Entwicklung verabschiedet, das regelt, welche Strukturen dafür sorgen tragen müssen, dass die Idee auch in die Praxis umgesetzt wird. Das Gesetz müsste jedoch in einzelnen Elementen überdacht werden.

- **Entwicklung auch im Bereich nachhaltige Entwicklung messbar machen:**
Überarbeitung der Indikatorenliste / Systematische Veröffentlichung: Es gibt im Bereich nachhaltige Entwicklung eine sogenannte Indikatorenliste. Diese soll den Zustand der Umwelt (Klima, Artenvielfalt usw.) bewerten so wie derzeit das Bruttosozialprodukt das Wirtschaftswachstum widerspiegelt. Im Koalitionsabkommen selbst wird angedeutet, diese Indikatorenliste sollte ergänzt werden. Der Mouvement Ecologique sieht in der Tat einen Überarbeitungsbedarf (so wird z.B. derzeit der Energieverbrauch nur begrenzt berücksichtigt) und hat bereits entsprechende Vorschläge unterbreitet. Darüber hinaus besteht derzeit der Eindruck, als ob diese Liste lediglich für die Schublade erstellt werden würde, sie spielt in der öffentlichen und der politischen Diskussion keine Rolle und wird auch nicht vom Umweltministerium nach Aussen getragen. Ähnlich wie beim Bruttosozialprodukt müsste die Indikatorenliste regelmässig veröffentlicht werden.
- **"structure de recherche":** Einigkeit scheint zu bestehen, dass man eine Struktur braucht, die Entwicklungen hinterfragt: Inwiefern ist Luxemburg auf dem Weg zur nachhaltigen Entwicklung? Hat die Artenvielfalt zu- oder abgenommen?

Im Koalitionsprogramm ist für diese Arbeit eine recht diffuse **"structure de recherche"** vorgesehen. Der Mouvement Ecologique stellt sich Fragen, was genau hierunter zu

verstehen ist und auf Grund welcher Kriterien welche "structure de recherche" geschaffen werden oder eine bestehende mit dem Aufgabengebiet befasst werden soll. Hier gälte es in aller Objektivität eine Abwägung des Pro und Contras einzelner Akteure zu machen (Warum z.B. auch nicht das Statistische Amt stärker involvieren?). Recht problematisch ist auch, dass diese Struktur dem Staatsministerium unterstellt werden soll. Warum, wenn doch das Umweltministerium für die nachhaltige Entwicklung zuständig ist? Eine derartige Vorgehensweise hätte nur akzeptiert werden können, wenn im Staatsministerium auch eine entsprechende Koordinierungsstelle "développement durable" eingesetzt worden wäre. In Ermangelung aber einer derartigen Struktur riskiert dieses doch so wichtige Thema schlichtweg unter den Tisch zu fallen, falls das Staatsministerium hierfür Verantwortung übernehmen soll. Der Mouvement Ecologique plädiert dafür, dass diese Verantwortung dem Umweltministerium übertragen werden soll.

- **"plan national"**: Im Koalitionsabkommen ist vorgesehen, dass ein Bericht über die Umsetzung des ersten Planes - d.h. der Liste von Massnahmen, die in Luxemburg im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung eingesetzt werden sollen - erstellt und bereits ein zweiter Plan in Angriff genommen werden soll. Diese Rolle müsste federführend dem Umweltministerium obliegen und das Ministerium mit dem notwendigen Personal zur Bewältigung dieser Arbeiten ausgestattet sein.
- **Zum Nachhaltigkeitsrat**: Das Gesetz sieht vor ein Gremium zu schaffen, wo die verschiedenen Akteure aus der Zivilgesellschaft über die Umsetzung der Idee der nachhaltigen Entwicklung diskutieren sollen. Der Mouvement Ecologique begrüsst, dass noch offen ist, wie dieses Gremium zusammengesetzt sein soll, denn wichtige Fragen bleiben ungeklärt: Wie soll er zusammengesetzt sein? Welches sollen seine realen Kompetenzen sein? Wie auch sehen seine finanziellen Mittel aus? Wie kann das "règlement interne" aussehen? Der Mouvement Ecologique spricht sich gegen ein "Potergremium" aus und tritt dafür ein, dass in aller Sachlichkeit die verschiedenen Optionen des Rates überlegt werden. Hierzu wäre es notwendig, sich über die Zusammensetzung ähnlicher Räte im Ausland zu informieren und aus den gemachten Erfahrungen zu lernen. Auf jeden Fall aber erachtet ein Mouvement Ecologique eine Art zweiten Wirtschafts- und Sozialrat als absolut nicht sinnvoll: wenn schon in diese Richtung in der Zusammensetzung gegangen würde, so müsste der Wirtschafts- und Sozialrat reformiert werden.
- **Zur interministeriellen Koordinationsgruppe**: Um die Arbeit innerhalb der Regierung besser abzustimmen, soll eine ministerielle Arbeitsgruppe eingesetzt werden. Allerdings steht die Zusammensetzung noch nicht fest. Auch hier bedarf es einer gewissen Reflexion: Wer müsste permanentes Mitglied sein? Wie kann verhindert werden, dass durch eine zu hohe Anzahl von Mitgliedern Dossiers nicht offensiv angepackt werden können und dass diese Gruppe ein ähnliches Schicksal erleidet, wie das interministerielle Komitee der Landesplanung? ...

Projekt 2.

Bessere Information und Organisation - neue Ideen im Bereich öffentlicher Transport: Mobilitätszentrale umgehend gründen

Es ging genug Zeit verloren bei der Schaffung der Mobilitätszentrale - ganze fünf Jahre! Diese Struktur sollte nunmehr umgehend gegründet werden. Der Mouvement Ecologique ist der Überzeugung, dass

- die Schaffung der Zentrale z.T. auch unabhängig von der Reform des Gesetzestextes betreffend den öffentlichen Transport erfolgen kann (die vorherige Regierung stellte hier eine direkte Verbindung her, das Gesetz allerdings ist derart problematisch, dass Transportminister Lucien Lux zusagte es zu überarbeiten)
- jedoch nach wie vor etwas Konfusion besteht, welches das Arbeitsgebiet einer derartigen Zentrale sein soll. Hier gälte es gemeinsam mit interessierten Akteuren (Transportsektor, Umweltbewegung, Gemeinden, Staat) in 2-3 Arbeitssitzungen eindeutige Ziele und Missionen festzuhalten;
- bereits im Staatshaushalt 2005 die erforderlichen Mittel für erste Aktivitäten der Zentrale vorhanden sein müssen;
- als Standort für die Zentrale nur eine gut zugängliche Stelle (Places d'Armes, Bahnhof) in Frage kommt.

Projekt 3.

Für einen Schutz des Klimas: Ernst machen mit einer CO2-Reduktionspolitik in Luxemburg - Förderung erneuerbarer Energien

- Das Bild, das Luxemburg im Dossier "Kyoto" bisher abgab, ist aufgrund der jüngsten Emissionszahlen international stark lädiert. Es wird deutlich, dass wir unser Kyoto-Ziel auf dramatische Art und Weise verfehlen und die Emissionen stetig steigen. Nicht einmal unser erster Allokationsplan wurde bis dato in Brüssel akzeptiert. Luxemburg verfügt nicht einmal ansatzweise über einen operationellen Aktionsplan zur Reduktion der CO2-Emissionen in Luxemburg - die Umsetzung der europäischen Direktive zum Allokationsplan in Luxemburger Recht harrt immer noch ihrer Umsetzung. Entsprechend tritt der Mouvement Ecologique dafür ein, dass:

- * umgehend - vor allem auch mit Hilfe von externen Fachleuten - im Laufe der nächsten 6 Monate ein operationeller CO2-Reduktionsplan erstellt wird, mit Reduktionszielen und -potenzialen, einer Prioritätenliste, der Benennung der verantwortlichen Akteure zur Umsetzung;
- * das Gesetzesprojekt zum Allokationsplan kurzfristig verabschiedet wird;
- * eine Studie über einen potenziellen phasenweisen Ausstieg aus dem Tanktourismus (der eh aufgrund von EU-Entwicklungen einmal kommen wird) in Auftrag gegeben wird;
- * eine nachhaltige Steuerreform angestrebt wird (siehe Punkt 4.);

* der Zukauf von Emissionsrechten nur eine zusätzliche Maßnahme zu den nationalen CO₂-Reduktionen darstellt und nur aufgrund restriktiver Kriterien (keine CDMs!) erfolgen darf.

- Des Weiteren gilt es zumindest das Ziel von 5,7% an erneuerbaren Energien im Strommix in Luxemburg bis zum Jahre 2010 zu erreichen, so wie in Verträgen festgehalten. Hierzu ist die Beibehaltung der diversen Förderprogramme unerlässlich. Darüber hinaus aber sollte das Umweltministerium eine offensive Marketing-Strategie zur Promotion erneuerbarer Energien auch bei Betrieben, Banken usw. durchführen. Man stelle sich vor, die neuen Gebäude auf Kirchberg wären z.T. mit Solarfassaden ausgerichtet... Oder aber Luxemburg würde ähnlich wie Deutschland auch eine gezielte Kampagne zur Nutzung von Kirchendächern gewährleisten? Oder aber der Staat würde grundsätzlich bei eigenen Gebäuden auf optimale Isolation und erneuerbare Energien setzen? Nur wenn neben Privatpersonen auch andere Akteure der Gesellschaft aktiv werden, kann das anstrebenswerte Ziel im Bereich erneuerbare Energien auch erreicht werden.

Projekt 4.

Energiesparen / Arbeitsplätze schaffen und Wohnklima verbessern: Ernst machen mit der Altbausanierung und der offensiven Marktförderung von Niedrigenergie- und Passivbauweisen!

- Es besteht ein Konsens, dass die Förderung der Altbausanierung eine sogenannte "win-win-win" Strategie darstellt. D.h. Arbeitsplätze könnten geschaffen werden, der Umwelt wäre genutzt und zugleich bietet es Vorteile für den Einzelnen (beaglicheres Wohnen usw.). Seit Jahren aber scheitert die Umsetzung dieses so wichtigen Projektes.:
 - * Der bestehende Gesetzesentwurf "projet de règlement grand-ducal concernant l'octroi d'une aide financière pour la réalisation de mesures ayant pour objet des réductions d'émission de CO₂ résultant de l'assainissement énergétique d'immeubles" des Umweltministeriums (der Fördermittel usw. vorsieht und nicht vorangetrieben wird), sollte erneut auf den Tisch gelegt und in einer Reihe von Arbeitssitzungen mit allen Akteure durchdiskutiert und daraufhin umgehend verabschiedet werden;
 - * Bereits 2005 sollten die erforderlichen Budgetmittel zur Altbausanierung vorhanden sein;
 - * Im "carnet de l'habitat" des Wohnungsbauministeriums (das generell Kriterien für den Zustand eines Wohnhauses festlegt) sollten für den Bereich "Energie" jene Kriterien zur Geltung kommen, die auch auf der Ebene des Gesetzes-projektes des Umweltministeriums gelten.
- Betreffend die Förderung der Niedrigenergie- und Passivhausbauweisen gibt es bereits Fördermittel seitens des Staates, die auch als reell zu betrachten sind. Das entsprechende Reglement läuft jedoch Ende 2004 aus und müsste unbedingt verlängert

werden. Nur: es ist gewusst, dass mit diesen finanziellen Unterstützungen derartigen Neuerungen alleine nicht zum Durchbruch verholfen werden kann. Hier bedarf es auch eines regelrechten Markteinführungsprogrammes, der u.a. Sensibilisierungsaktionen, Weiterbildungen für Berufskreise u.a.m. umfasst. Es liegt eine Studie mit konkreten Vorschlägen seitens der Bauberatung der Stiftung Öko-Fonds vor - diese sollten umgehend aufgegriffen werden. Auch in diesem Bereich bieten sich jedoch eine Reihe von Sitzungen mit Interessierten Kreisen an - ebenso sollten die Budgetmittel für 2005 bereits vorgesehen werden.

Projekt 5. Landschaften erhalten - Regionen entwickeln ! Umsetzung der "sektoriellen Pläne" sowie der "Regionalpläne"

Seit zig Jahren kursieren sie in verschiedenen Dokumenten, sowohl die sogenannten "sektoriellen Pläne" (gemäss Koalitionsabkommen: Pläne für Wohnen, Transport, geschützte Landschaften sowie Aktivitätszonen) als auch die "Regionalpläne" (die die gesamte Entwicklung einer Region planen sollen). Nachdem sie mehrfach in den verschiedenen Leitlinien der Landesplanung aufgetaucht sind, sogar mehrfach in Koalitionsabkommen standen ... gewannen sie nun durch das IVL wieder an Bedeutung. Der Mouvement Ecologique plädiert dafür, dass

- umgehend die erforderlichen **Arbeitsgruppen** sowohl zur Erstellung der sektoriellen aber auch der Regionalpläne gegründet werden. Hierbei gilt es Arbeitsgruppen auf zwei Ebenen vorzusehen: rein technisch / fachliche auf der Ebene der Regierung sowie aber auch Gruppen, in denen auch Akteure aus der Zivilgesellschaft, von Gemeinden usw. mitwirken, um über die grossen Leitlinien zu diskutieren.
- das **Umweltministerium** eine proaktivere Rolle in Bezug auf diese Entwicklungsplanung einnehmen muss: es ist das Recht bzw. die Aufgabe des Umweltministeriums aufgrund seiner eigenen Kompetenzen Vorschläge und konzeptuelle Orientierungen zu erarbeiten. Welche Landschaften gilt es aufgrund der Artenvielfalt, der Landschaftswertes, d.h. aufgrund fachlicher Aspekte, zu erhalten? Welche Gebiete sind entsprechend tabu für neue Aktivitätszonen? Welcher Logik aus CO2-Sicht sollte einer sektorieller Plan für Transport unterliegen u.a.m.? Hier muss seitens des Umweltministeriums aus seiner Sicht verstärkt fachliche Vorarbeit geleistet und u.a. eine federführende Rolle in Bezug auf den sektoriellen Plan betreffend den Schutz freier Landschaften übernommen werden.
- in **offenen Foren /Gruppen** (z.T. auf regionaler Ebene) sollte dann über die jeweiligen Kriterien bei der Erstellung der Pläne diskutiert werden (z.B. gemäss welchen Kriterien sollen neue Aktivitätszonen geplant werden dürfen).

Wesentlich ist für den Mouvement Ecologique hierbei entsprechend folgendes:

- Die Basisdaten zur Erstellung der Pläne (z.B. auch wie viel Fläche noch für weitere Aktivitätszonen benötigt wird) müssen offen gelegt und auch für Dritte nachvollziehbar sein.
- Es darf nicht in die "alte dirigistische Landesplanung" verfallen werden, so wie dies auch beim Plan für GSM-Antennen der Fall war. Vielmehr gilt es diese Pläne in einem partizipativen Prozess aufgrund objektiver Daten mit allen Akteuren zu erstellen.

Projekt 6:

Für eine Verkehrswende: moderne Stadtbahn: ein Must - Prioritätenliste im Bereich Schieneninfrastrukturen

- Ziel muss sein, dass Ende dieser Legislaturperiode die Stadtbahn fährt bzw. zumindest die ersten Schienen verlegt wurden. Der Mouvement Ecologique plädiert für ein Mehr an Transparenz und Offenheit in diesem Dossier, als dies die vergangenen 5 Jahre der Fall war. Deshalb sollte umgehend erneut die Begleitgruppe mit Vertretern u.a. der Gewerkschaften bzw. der Zivilgesellschaft eingesetzt werden.
- Betreffend das Schienennetz wurden in der vergangenen Legislaturperiode zwar diverse Projekte verabschiedet oder angekündigt, andere wie z.B. der "centre de maintenance" sind im Koalitionsabkommen vorgesehen. Es gälte unbedingt kurzfristig - mit Berücksichtigung der finanziellen Disponibilitäten - eine Prioritätenliste mit Zeitplan sowie einen verbindlichen Finanzierungsvolumen für die gesamte Legislaturperiode zur Umsetzung der diversen Projekte zu erstellen. Derzeit gewinnt man nämlich eher den Eindruck, als ob hier zwar Projekte gestimmt worden wären, eine Umsetzung scheint jedoch ungewiss.

Projekt 7.

Artenschutz und -vielfalt: Professionellen und fachlich fundierten Naturschutz im Sinne der Eu-Direktiven und des neuen Gesetzes gewährleisten

Neben der notwendigen dringenden Verabschiedung des Gesetzesprojektes betreffend das Partenariat von Gemeinden und Staat im Naturschutzbereich (siehe Kapitel 3), müssten grundsätzlich die Akzente, die sich im Sinne eines offensiven Naturschutzes aufdrängen, gesetzt werden. Hierzu gehören in einer ersten Phase vor allem folgende:

- Einstellen bzw. Bezeichnen eines **politisch / fachlichen Ansprechpartners für die Naturschutzpolitik auf der Ebene des Umweltministeriums.** Auf diese Art und Weise könnte auch das politische Primat des Ministeriums in diesem Bereich wieder gewährleistet werden;

- **Transfer der Budgetposten für Studien im Naturschutzbereich**, über die zur Zeit die Forstverwaltung verfügt, auf die Ebene des Umweltministeriums, um das politische Primat in der Naturschutzpolitik wieder herzustellen;
- In Erwartung der definitiven Verabschiedung des Gesetzes betreffend die Zusammenarbeit von Staat und Gemeinden sollte bereits der im Gesetzestext vorgesehene "**Observatoire**" - eines fachlichen Gremiums, das u.a. Prioritäten im Naturschutz festlegt - antizipativ zusammengesetzt werden. Damit dieses auch seine Arbeiten übernehmen kann, sollten bereits 2005 Budgetmittel vorgesehen werden.
- Die Ausarbeitung des im neuen Naturschutzgesetz vorgesehenen "**plan national**", der Prioritäten im Naturschutz festlegt, ist nach Meinung des Mouvement Ecologique eine absolute Priorität, die kurzfristig angegangen werden sollte. Nur so kann ein fachlich fundierter und politisch akzeptierter Rahmen entstehen, der die prioritären Massnahmen im Naturschutz definiert und bindend für die Akteure u.a. die Verwaltungsebene ist. Die Erstellung dieses Planes sollte bereits vom (antizipativ gebildeten) "Observatoire" begleitet werden - allerdings müsste ein - im Konsens bezeichneter ausländischer Experte eine "consulting"-Rolle übernehmen.
- Der schon erwähnte "**plan sectoriel**" für geschützte Landschaften ist aus der Sicht des Mouvement Ecologique ebenfalls höchster Dringlichkeit. Das Umweltministerium sollte - in enger Zusammenarbeit mit dem Landesplanungsministerium - die Federführung für die kurzfristige Ausarbeitung dieses Planes übernehmen.
- Im Naturschutz muss in Zukunft der **Partenariats-Gedanke** Anwendung finden: eine flächendeckende Kommunalisierung des Naturschutzes u.a. in Zusammenhang mit den zu fördernden Naturparks "Mëllerdall" sowie "Dräilänner-Eck" ist in dieser Legislaturperiode anzustreben. Aufgrund der Nähe der Gemeinden zu den Akteuren vor Ort u.a. den Landwirten kommt der interkommunalen Arbeit im Naturschutzbereich eine prioritäre Rolle gegenüber einer "von oben" orientierten Verwaltungsarbeit zu.
- Das Landwirtschaftsministerium unterstützt zur Zeit finanziell massiv die PEFC-Zertifizierung von Holz. Das dem gegenüberstehende Label "FSC" mit weitaus anspruchsvolleren Kriterien wird jedoch bis dato nicht vom Staat gefördert. Dies obwohl das **FSC** sowohl von sozialen als auch von Umweltbewegungen eindeutig bevorzugt wird und auch z.B. in der Grenzregion Saarland appliziert wird. Das Ministerium müsste dringend die erforderlichen Gelder zur Verfügung stellen, um eine Struktur damit zu beauftragen, das FSC-Label in Luxemburg voranzutreiben.

3. Spruchreife Gesetzesprojekte umgehend verabschieden – problematische Gesetze reformieren!

Vor allem gilt es auch besonders wesentliche Gesetzesprojekte

- die entweder unter der vorherigen Regierung noch verabschiedet wurden aber gänzlich konträr zum Koalitionsabkommen sind, zu überarbeiten bzw.
- spruchreife Vorlagen aus der letzten Legislaturperiode kurzfristig umzusetzen.

Hierzu zählen vor allem:

- Die **Aarhus-Konvention** (die den BürgerInnen ua. verbesserte Klage- und Informationsrechte zusichert) sowie das **Gesetz betreffend den freien Zugang zu Informationen im Umweltbereich** sollten umgehend umgesetzt werden. Dass Luxemburg bei diesen aus demokratischer Sicht wichtigen Gesetzestexten derart in Verzug ist (beide Direktiven müssten seit Jahren umgesetzt sein), ist unserem Land nicht würdig. Die Aarhus-Konvention sollte ohne Wenn und Aber von der Abgeordnetenkammer verabschiedet werden. Parallel sollte, so wie es u.a. der Staatsrat fordert, die Ergänzung diverser einzelner Gesetze in die Wege geleitet werden. Das Gesetzesprojekt betreffend den freien Zugang zu Informationen im Umweltbereich sollte aufgrund diverser Gutachten leicht abgeändert werden, Abänderungen, die aber von der Umweltkommission der Abgeordnetenkammer mit relativ wenig Aufwand gewährleistet werden könnten. Der Umweltminister müsste ein deutliches Signal in diese Richtung geben.
- Das Gesetzesprojekt betreffend die **Organisation des öffentlichen Transportes**: Dieses Gesetz müsste noch vor Inkrafttreten in wesentlichen Punkten reformiert werden. Vor allem was die Organisationsstruktur der zentralen Organisationsstelle als auch was deren Zielsetzungen betrifft.
- Das Gesetzesprojekt betreffend die **Kooperation zwischen Staat und Gemeinden im Bereich des Naturschutzes** sollte in der vorliegenden Form umgehend verabschiedet werden, damit hier endlich klare Fakten geschaffen werden.
- Die **Reglemente betreffend die Förderung erneuerbarer Energien** wurden vor knapp einem Monat überarbeitet, so dass gewisse "Missbräuche", die nach Regierungsansicht bestanden, beseitigt werden konnten. Der Mouvement Ecologique tritt ohne Wenn und Aber für die Fortführung dieser Reglemente mit den gleichen Beträgen auch nach 2004 ein!!! Allerdings sollte eine Umlagerung des Einspeisetarifes auf den Strompreis erfolgen, so wie dies auch im Ausland der Fall ist. Den Einspeisetarif über den Staatshaushalt zu finanzieren ist ein absoluter Widersinn, nicht umsonst liegt Luxemburg mit dieser

Vorgehensweise auch alleine da. Sie kam lediglich aufgrund eines Dissenses zwischen dem ehemaligen Wirtschafts- und dem Umweltminister in der letzten Legislaturperiode zustande, da erster scheinbar "nichts" von erneuerbaren Energien hielt. Hier müsste ein Umdenken stattgefunden haben ...

- Um die **Verlagerung des Einspeisetarifes auf den Strompreis** auch objektiv diskutieren zu können, müssten Berechnungen angestellt werden: Was würde diese Verlagerung beim heutigen Stand für einen durchschnittlichen Haushalt - einen kleineren Betrieb sowie eine grössere energieintensive Industrie ausmachen? Mit welcher Entwicklung ist in den nächsten Jahren zu rechnen?

Würden sich hier auf betrieblicher Ebene Probleme ergeben, so müssten diese aufgrund der offenliegenden Fakten in aller Transparenz diskutiert werden. Da die Reglemente bereits in knapp 3 Monaten auslaufen, müssten diese Berechnungen umgehend in Auftrag gegeben werden.

- Unter der letzten Regierung wurde ein **"plan sectoriel" für GSM-Antennen sowie für Bauschuttdeponien** erstellt. Beide Pläne zeichnen sich dadurch aus, dass sie den Leitlinien des Gesetzes in mehreren Punkten widersprechen. Zudem war der Plan der GSM-Antennen auch noch aus inhaltlicher Sicht mehr denn umstritten und wurde auch von zahlreichen Gemeinden abgelehnt (was beim Plan für Bauschuttdeponien nicht der Fall war). Auch angesichts der Bedeutung der ersten sektoriellen Pläne für weitere derartige Pläne - man wird sich wohl in Zukunft an den ersten orientieren - plädiert der Mouvement Ecologique dafür, beide Pläne zu reformieren, im Sinne des Gesetzes und nicht in der vorliegenden Form zu verabschieden.
- Im Dossier **Ausbau des Flughafens** liegt ein deutliches Urteil des Verwaltungsgerichtes vor, das vorherige Urteile in der Essenz bestätigt. Um das dauernde Hick-Hack in diesem Bereich zu beenden, sollte umgehend:
 - die objektive Sachlage der Flugbewegungen festgestellt
 - sowie im Urteil dargelegt, die Lärmberechnungen aufgrund aktueller Messtechniken und Berechnungsverfahren erstellt
 - und die Kommodo-Prozedur erneuert werden.

Des Weiteren bietet es sich an, auch zu diesem Thema einen "runden Tisch" zwischen allen Akteuren zusammen zu setzen.

- Es liegt ebenfalls ein Entwurf zur Überarbeitung des Gesetzesprojektes betreffend **"sites et monuments"** vor, der vor allem positiver Weise die Möglichkeit vorsieht, ganze "secteurs sauvegardés" auszuweisen. Dieses Projekt sollte umgehend verabschiedet und umgesetzt werden.
- Absolut nicht länger hinnehmbar ist, vor allem angesichts so mancher anstehender Infrastrukturprojekte, dass die **Impaktstudiendirektive** in Luxemburg immer noch einer Umsetzung harrt. Hier gibt es mittlerweile derart viele erste Gesetzesentwürfe, d.h. es wurden derart zahlreiche Vorarbeiten geleistet, dass es an sich mit dem entsprechenden

Willen problemlos möglich sein müsste, diesen Gesetzestext umgehend auf den Instanzenweg zu geben.

- Des Weiteren gilt es so wie im Koalitionsabkommen vorgesehen, die **Überarbeitung der Wärmeschutzverordnung** vorzubereiten: Die bestehende Wärmeschutzverordnung von 1995 entspricht nicht mehr dem Stand der technischen Entwicklung und muss unbedingt reformiert werden. Am Fallbeispiel auch ausländischer Verordnungen sollte die Überarbeitung der Luxemburger Version in die Wege geleitet werden.

4. Vorarbeiten für die Zeit nach der „Présidence“ jetzt in die Wege leiten

Nicht alle Dossiers können, vor allem auch angesichts der Présidence, in den ersten Monaten der neuen Regierung bearbeitet werden. Doch gilt es zu verhindern, dass besonders relevante Dossiers während Monaten "liegen gelassen" werden, dann erst aus der Schublade gezogen werden und man dann feststellt: Wir sind nicht in der Lage eine Entscheidung zu treffen oder in aller Sachlichkeit zu diskutieren, da wesentliche Elemente und Fakten nicht vorliegen. Entsprechend optiert der Mouvement Ecologique dafür, parallel zur Neustrukturierung der Ministerien / Verwaltungen und der konkreten Umsetzung verschiedener Projekte, wesentliche andere Dossiers derart vorzubereiten, dass sie im Herbst sofort aufgegriffen werden können. Hierzu zählen folgende Dossiers:

- **Für eine nachhaltige Steuerreform**: Obwohl eine formale Aussage im Koalitionsabkommen hierzu fehlt, geht der Mouvement Ecologique davon aus, dass die Regierung dieses doch so wichtige Dossier nicht aussen vor lassen will. Um Ende 2005 eine offene Debatte führen zu können wäre es wichtig, diverse Folge- / Detailberechnungen aufgrund der Studie des Mouvement Ecologique durchzuführen.
- Die Idee der nachhaltigen Entwicklung setzt auch voraus, dass die **Gestion finanzieller Mittel nachhaltig** erfolgt. Insofern tritt der Mouvement Ecologique dafür ein, dass von externen Fachleuten folgende Analysen durchgeführt werden:
 - * Durchsicht des Staatshaushaltes auf kontraproduktive Finanzierungen aus der Sicht der nachhaltigen Entwicklung
 - * Durchleuchtung des "Fonds de l'environnement", inwiefern hier die richtigen Prioritäten gesetzt werden
 - * Studie über Modelle eines graduellen Ausstiegs aus dem Tanktourismus
 - * Analyse, wie in Luxemburg ein Regionalfonds sowie eine Spekulationssteuer gestaltet werden könnten.
- Aufgrund von EU-Recht muss Luxemburg einen **Lärmkataster** mit Massnahmen sowie einen **Luftreinhalteplan** vorlegen. Obwohl für letzteres ein erster Entwurf vorliegt, muss vor allem noch der jeweilige Aktionsplan konkretisiert werden. Entsprechende Vorarbeiten könnten von externen Fachleuten geleistet werden.

- Dem Staat obliegt die Verantwortung eine **Vorreiterrolle** zu übernehmen, vor allem mittels öffentlicher Ausschreibungen. Entsprechend müsste das Bautenministerium Fachleute damit beauftragen, in besonders wichtigen Bereichen Lastenhefte zu erstellen. Ebenso könnte eine allgemeine Direktive, dass bei öffentlichen Ausschreibungen ökologische und sozial gestaltete Produkte zu bevorzugen sind, ins Auge gefasst werden.
- Damit die **Verknüpfung von Ökologie und Ökonomie** auch ernst genommen wird, gilt es entsprechende Instrumente zu schaffen. Vorrangig sollten Fachleute damit beauftragt werden, auch aufgrund der gemachten Erfahrungen im Ausland, gezielte Förderprogramme für Betriebe in besonders relevanten Branchen zu erstellen. Als erstes gälte es zu definieren, für welche Branchen derartige Programme prioritär sind und in einer zweiten Phase dann diese auszufeilen und umzusetzen.
- Das Koalitionsabkommen sieht vor, dass vor allem auch eine **spezifische Prospektion für den Standort Luxemburg im Bereich der Umwelttechnologien** erfolgen soll. Hierzu muss aber klar definiert werden
 - a) welches das Potenzial Luxemburgs in diesem Bereich ist
 - b) wie diese Prospektion im Detail gestaltet werden könnte.
 Auch hier sollte externer Sachverstand genutzt werden, um die Rahmenbedingungen abzustecken.
- Im Bereich des Landwirtschaftsministeriums ist vorgesehen, dass die **regionale und die biologische Produktion nach festgelegten Kriterien** verstärkt unterstützt wird, die Label harmonisiert und der Dialog mit den Verbrauchern verbessert werden soll. Hierzu ist es in einer ersten Phase notwendig eine vergleichende Studie der verschiedenen Labels zu erstellen (es gibt hier zu bereits eine Vorstudie der Stiftung Öko-Fonds) und eine generelle Werbestrategie zu entwickeln. Die Zeit der Présidence sollte genutzt werden, hiermit externe Fachleute zu beauftragen.